

[Textversion](#) | [Zeitungsansicht](#) | [Artikel drucken](#) | [Fenster schließen](#) | [Nächster Artikel](#)

SPD im Westen fordert Programm zum Klimaschutz

Anschlusszwang an Fernwärme abgelehnt

Von Jörn Stachura

Die SPD im Westlichen Ringgebiet lehnt den so genannten Luftreinhalteplan der Verwaltung ab. Wie Fraktionsvorsitzender Jürgen Dölz sagt, gelte dies auch für den geplanten Fernwärme-Anschlusszwang, von dem im Westlichen Ringgebiet etwa 19 000 Bewohner betroffen wären.

In den nächsten Wochen sollen Flugblätter an die Haushalte im Stadtbezirk verteilt werden, um die Position der SPD zu erläutern. Dölz kritisiert am gegenwärtigen Luftreinhalteplan: "Der Luftreinhalteplan ersetzt kein Gesamtkonzept. Es ist ungerecht und nicht zielführend, nur die Bürger der Kernstadt verpflichtet zu wollen, etwas für den Klimaschutz zu tun." Es seien alle Braunschweiger in der Pflicht - Bürger, Stadt und Unternehmen.

Am 16. September wird darum ein Antrag in den Bezirksrat eingebracht, in dem die Stadtverwaltung aufgefordert wird, zunächst ein Klimaschutzprogramm für ganz Braunschweig zu erstellen. Dieses Programm müsse dann zur Grundlage eines Luftreinhalteplans werden. Am gegenwärtigen Luftreinhalteplan kritisiert Dölz: "Es ist natürlich wichtig, die Feinstaubbelastung zu verringern. Der Klimawandel wird jedoch nicht durch Feinstäube, sondern durch Kohlendioxid hervorgerufen." Dem trage der Luftreinhalteplan nicht angemessen Rechnung.

Große Vorbehalte hat Dölz gegenüber dem geplanten Fernwärmeanschlusszwang: "Der Anschlusszwang kann nicht erstes Mittel der Wahl, sondern nur das letzte Mittel sein." Dölz meint: "Die Verträge sollen über 20 Jahre gehen. Haushalte mit Fernwärme können die technologische Entwicklung bei erneuerbaren Energien nicht umsetzen."

Braunschweiger Zeitung, 30. August 2008, Braunschweig Lokal, Seite 23

© Braunschweiger Zeitungsverlag, 2005